

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf., 1/2 jährlich 1.50 M.
jährlich 3.00 M., 1/2 jährlich 30 Pf.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 Pf., 1/2 jährlich 30 Pf.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Infektionsschutz
beruht für die Oberglieder
Bettgeheile oder deren Raum
15 Pf., für Wohnung,
Bereins- und Versammlungs-
angelegen 10 Pf.,
Im relationalen Teile
kostet die Seite 50 Pf.
Inhalte für die fällige
Nummer müssen spätestens 10
vormittags 1/10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7739

Nr. 255

Halle a. S., Dienstaq den 31. Oktober 1899.

10. Jahrg.

Die Stadtverordnetenwahlen für die 3. Klasse finden vom 6. bis 8. November täglich von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

**Pflicht aller Parteigenossen ist es, jede Gelegenheit zur Agitation für starke Wahl-
beteiligung zu benutzen!**

Unsere Zukunft liegt auf dem — Wasser!

Es scheint, als ob der Reichsregierung alle Überlegung und die Fähigkeit, die Volkstimme als Faktor in ihre staatsmännlichen Kalkulationen richtig einzufassen, vollständig verloren gegangen wäre; denn sonst wäre es nicht möglich, daß sie sich zur Ergründung eines Planes macht, der nichts weniger bezweckt als eine Verdoppelung unserer Flotte und die Festlegung des Bewilligungsrechts des Reichstags bis zum Jahre 1917. Es sind drei von der Regierung inspirierte Blätter, die gleichzeitig am Sonnabend abend mit dem Plane an die Öffentlichkeit getreten sind, die Nordd. Allg. Ztg., die Berl. N. Nachr. und die Kreuz-Ztg.

Der Plan erhöht den Bau eines dritten und vierten Geschwaders der heimischen Schlachtschiffe, die aus zwei Geschwadern besteht. Für das neue Doppelgeschwader sollen 10 große Schlachtschiffe bis 1912 hinzukommen und 8 weitere von 1912—1917. Weiter diesen Entschiffen soll bis zum Jahre 1911 auch die Zahl der großen Kreuzer noch um 8 erhöht werden. Die Zahl, um welche die kleinen Kreuzer vermehrt werden sollen, ist nicht angegeben. Voraussichtlich kommen 16 kleine Kreuzer für die beiden Geschwader der Schlachtschiffe in Betracht, da ebenso viele für die beiden vorhandenen Geschwader im Flottengeschütz vorgesehen sind. Zu dieser Vermehrung der Schiffe kommen dann noch die Ersatzbauten, welche in der Zeit bis 1917 fertig werden.

Die Durchführung dieses Bauprogramms legt eine Erhöhung der jährlichen Schiffbauquote von jetzt durchschnittlich 60 auf durchschnittlich etwa 85 Millionen Mark voraus. Die jährlichen sonstigen einmaligen Ausgaben würden sich von 9 auf 13 Millionen Mark erhöhen, die fortwährenden Ausgaben würden sich jährlich um 5 Millionen erhöhen. Der neue Plan verlangt also gegen bisher eine Erhöhung des Marineetats von 150 auf 183 Millionen.

Da es berechtigt ist, über schwere Fehler politischer Gegner Freude zu empfinden, können wir Sozialdemokraten mit dem neuesten Budget außerordentlich zufrieden sein. Vor knapp zwei Jahren schloßen die Vertreter der Regierung Stein und Veit, daß die damals dem Parlament unterbreitete Flottenvorlage das letzte Wort sei. Nach vor wenigen Tagen wird vom Marineminister diese Zusage wiederholt, und jetzt bereitet dieselbe Regierung den Parteien, die ihr damals glaubten und die im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit des Versprechens die 907 Millionen Mark bewilligten, die ungeheure Blamage, sich als politische Kinder an die Sporthaut gesetzt zu sehen, Kinder, die vertrauenswürdig der Waise eines Hattenfängers nachgelaufen sind. Wahrlieh! Das bekannte Schweineglück der Sozialdemokratie bestätigt sich wieder glänzend!

Auf nicht weniger als 17 Jahre soll sich die Volkvertretung festlegen! 17 Jahre lang soll das Bewilligungsrecht auf einem der wichtigsten Gebiete geruht werden! Der für sechs Jahre jährlich festgelegte Flottenplan erweitert sich schon im zweiten Jahre als überaus, und trotzdem wird eine neue Bindung gar auf sieben Jahre verlangt! Die maximierten „Schwerfhandlanger“ gelassen voriges Jahr auf Taule und Koppel, daß ihre Berechnungen unanfechtbar seien, daß die gestellten Forderungen für immer ausreichen würden. Und heute? Heute schreien sie ebenso laut auf Taule und Koppel, daß sie sich nicht haben, daß sie das Doppelte haben müssen!

Erst bauen wir Schiffe, um einen Vorprung vor anderen Staaten zu bekommen, dann bauen auch die anderen Staaten, und nun sind wir wieder dran, noch die erste Bauplan auch nur zum Drittel ausgeführt ist. So ein Vinienschifflein, deren über eine Wandel gebaut werden sollen, kostet eine 20 Millionen Mark, und wenn es den Stapellauf hinter sich hat, kann es zum alten Eisen gerendert werden. Der neue Flottenplan kostet viellecht über 1000 Millionen M. Doch das schadet ja nichts! Das Geld kommt ja wieder „unter die Leute“, es bleibt im Lande, wie unsere Schammiere sagen. Und das Geld wird schon aufgebracht werden, das sagt unser ehemaliger Genosse v. Miquel dafür. Rednet doch schon der Galtzer Schweinebürger, der Hauptredner der „nationalen“ Finanzpolitik aus, daß bei den neuen Handelsverträgen 1903 die Getreidepreise derart erhöht werden würden, daß eine Mehreinnahme von 60 Millionen jährlich gesichert sei. Also das arbeitende Volk soll die Milliarden aufbringen, der Industrieproletar. Auf der einen Seite will ihn die Justizhausfalle zu Boden drücken, damit er sich keine bessere Verfassungstellung erwirken kann; die andere Faust nimmt ihm die Mittel zur Flottenvermehrung aus der Tasche. Es soll, o ja, ein deutlicher Arbeiter zu sein! Was aus dem neuen Flottenplan werden wird? Dies ist unsamer zu prognostizieren! Erst allgemeiner Sturm der Entrüstung über die Forderung, dann Hübe über den bürgerlichen Oppositionswässern; dann verächtliches Hinstellen; dann nochmals patriotisch-entwürfelte Lieberreden; und endlich die Bewilligung der Forderung auf zehn statt sieben Jahre.

Sinterher große katholische Volksversammlungen, in denen der Mauersturm und die Charakterfestigkeit des Zentrums in benachteiligter Beleuchtung hervorgehoben wird. Ein konservativer Agitator werden inzwischen noch einige Liebesgaben in die Tasche gesteckt.

Deutsches Volk! Wie lange wirst du diesem Treiben der „Ordnungsparteien“ noch träge zuschauen?

Mordkultur.

Das schon seit Jahren beherrschende Maschinengewehr, dem die Frontarbeit hier militärisch gegenüberstehend, gelangt in einzelnen Staaten zur Einführung.

Die Schweiz hat schon ganze Kompagnien mit Maschinengewehren ausgerüstet. Während der letzten Kämpfe in Deutschland sind auch einzelnen Jägerbataillonen Maschinengewehre zugeteilt worden. Ein Druck mit dem Daumen genügt, um ein solches Maschinengewehr in Tätigkeit zu setzen. Dann schließt es von selbst, so lange der ihm beigegebene Patronenvorrat ausreicht. „So kann man in einer Minute 600 Schuß in gezieltem Feuer abgeben“, heißt es in den obzitierten Berichten. Um der Erhaltung des Geschwulst vorzubeugen, stellt jeder in einem mit Wasser angefüllten Mantelrohr. Das Ding sieht von außen geschicklich aus. Es wird von einem Pferd gezogen. Man kann auch langsauner feuern, so etwa 60 Schuß in der Minute! Die Allg. Ztg. schließt ihren Bericht über das Gewehr mit folgenden Worten: „Es kann daher seinem Zweck unterliegen, daß die Landwehr aller militärischen Großmächte in kurzer Zeit dazu übergehen werden, sich mit dieser Waffe zu versehen; denn wenn erst eine Großmacht zur Einführung des Maschinengewehrs geschritten ist, müssen die anderen folgen.“

Zimmer zu! Auf diesem Wege wird der Krieg am schnellsten durch die Kriegstechnik unmöglich.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Eine widerliche Geiseldete gelangte in der englischen Thronrede, mit der vor einigen Tagen das Parlament betagt wurde, zum Ausdruck. Die Thronrede sprach nämlich von den tapferen Regimenten, die betraut seien, die Invasion (d. h. den Einbruch fremder Völker) in die südafrikanischen englischen Kolonien zurückzuweisen. Die Königin spricht ihre tiefe Trauer über den Tod so vieler braver Offiziere und Mannschaften in Erfüllung ihrer Pflicht aus. Die Thronrede drückt schließlich das Vertrauen aus, daß der göttliche Segen auf dem Behnlichen des Parlamentes und des Heeres ruhen werde, Frieden und ein gutes Regiment in Südafrika wieder herzustellen und die Ehre Großbritanniens zu wahren. — Man mag es also, in einem antiken Schriftstück der Regierung — denn das ist die Thronrede — von einem Einbruch fremder Völker in englischen Besitz zu sprechen, während jedes Kind weiß, daß England den Krieg in freistehender Weise und absichtlich heraufbeschworen hat. Die Berufung auf den „göttlichen Segen“ vollendet das heuchlerische Bild.

Vorläufig ist dieser „göttliche Segen“ auch ausgeblieben; denn die Lady Smith ist die englische Hauptmacht eingeschlossen wie die Maus in einer Falle. Die Buren haben das Lager vollständig umgürtelt, so daß die englische Armee nicht einmal Nachschub über ihre Wege hinaus gelangen lassen kann. Da jedoch in nächster Zeit General Buller mit neuen Streitkräften in Südafrika eintreffen und Lady Smith zu Hilfe eilen wird, müssen die Buren schon in wenigen Tagen die Gunst ihrer Stellung ausnützen.

Vom westlichen Kriegsschauplatz wird, allerdings noch unverbürgt, der Fall Mexicos berichtet, daß die Buren am Freitag endlich erobert haben sollen.

So ist die Lage Englands auf beiden Seiten eine sehr prekäre. Die bisherigen englischen Verluste bei Glencoe, Dundee, Glendalgie und Wierfontein betragen nach amtlicher Angabe rund 400 Mann, nämlich an Toten 18 Offiziere und 76 Mann, an Verwundeten 35 Offiziere und 435 Mann, nebst 13 Vermissten. Hierin ist die Zahl der Gefangenen von den 18. Zusehern nicht inbegriffen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 30. Oktober 1899.

Zur Justizhausvorlage. Selbst ein Mann wie Schäfer mag sich unter dem Druck der allgemeinen Empörung des Volkes gegen das Ausnahmegericht erklären. Zu einer Rede, die er kürzlich in Siegen hielt, äußerte er: Auch auf seiten der Arbeitgeber wird der Terrorismus ausgeübt. Wenn irgendwo bei der Gründung eines Syndikats oder dergleichen dieser oder jener Vorfall nicht beteiligt will, dann wird ihm angedroht: „Tritt Du nicht bei, dann werden wir dafür sorgen, daß Du Wobprodukte nicht mehr beziehen kannst.“ Kurz, man droht einem Manne, der nicht beitrifft, mit dem Ruin seiner

Grüßung. Meine Herren, ich meine, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Wir sozialdemokratischen sind der Meinung, daß gar kein Grund vorhanden ist, an die Koalitionsfreiheit der Arbeiter irgendwie Hand anzulegen, und darin, meine Herren, sind wir mit allen Arbeitern im ganzen Deutschen Reich vollkommen einer Meinung. Nicht nur die Sozialdemokraten wollen dies, auch die christlichen Arbeitervereine, auch die christlichen Arbeiterverbände, unter allen ist nicht ein einziger, der nicht so sieht: „Wir wünschen unsere Bewegungsfreiheit, unsere bestehenden Rechte in keiner Weise vermindert zu sehen.“ Ich habe das ja auch oft genug ausgesprochen. Umgekehrt hat auch die Arbeiterfach Grund, sich darüber zu betragen, daß die Koalitionsfreiheit durch die bestehenden Vereinigungen in den einzelnen Ländern viel zu sehr eingeschränkt ist. So wie aus Schäfers Rede; da der mangelnde Schreiber von Schusterhausarbeiten sich aber genau um dieselbe Zeit energisch für eine Umänderung seiner Christlich-Sozialen an die Konfessionen ausgesprochen hat, die geschworenen Feinde des Koalitionsrechts, so werden die Arbeiter auf daran thun, auf die schönen Worte dieses in allen Wässern gewaschenen Pfaffen ebensoviel etwas zu geben, wie auf die Worte irgend welcher anderer Herren aus dem Reichen des Bürgerturns, sondern sich nur auf sich selbst zu verlassen und auf die eigene Kraft.

Bei der Landtagswahl in Schmarburg-Rudolstadt wurde Genosse Winter-Franzenhausen wieder gewählt und Genosse Hartmann-Königke ist in günstiger Stichwahl.

Einen sehr beachtlichen Erfolg hat die Sozialdemokratie am Freitag bei der Reichstagswahl im 5. württembergischen Kreise (Schlingen) errungen. Voriges Jahr waren bei der Hauptwahl neben 7360 nationalliberalen Stimmen genau so viele sozialdemokratische wie volksparteiliche abgegeben worden, nämlich je 6249. Das Volk mußte entscheiden, ob der Volksparteiler oder der Sozialdemokrat mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kam. Das Volk entschied für den Volksparteiler Probst, der dann auch mit sozialdemokratischer Hilfe mit 1234 gegen 8845 nationalliberale Stimmen freigelegten vorgetommener Wahlvereinsmitgliedern wurde. Probsts Mandat für ungültig erklärt wurde. Probst kam dem zuvor und legte sein Mandat nieder. Am Freitag hat die Stichwahl stattgefunden und es wurden abgegeben 5904 nationalliberale, 4945 volksparteiliche und 7895 sozialdemokratische Stimmen, so daß Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten Schlegel und dem nationalliberalen v. Gey stattfinden muß. Wir haben also gegen das Vorjahr 1646 Stimmen gewonnen, der Volksparteiler hat 1304 und der Nationalliberale 1396 Stimmen verloren. Das Justizhausgeleit wirkt schon vorweg.

Ein Unteroffizier darf nicht „schneidig“ sein. Der Redakteur eines Wurmser Blattes wurde zu 15 M. Strafe verurteilt, weil er ein Unteroffizier, der auf der Straße mit blankem Seitengewehr herumgelaufen hatte, als „schneidig“ bezeichnet hatte. Die Strafammer fand in dem Worte „schneidig“ eine Beleidigung des Unteroffiziers.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In Chemnitz verließ am Sonnabend Genosse Salomon das Gefängnis, wo er 2 1/2 Monate Zeit und Mühe hatte, über die deutsche Pressefreiheit im allgemeinen und über die Forderungen eines sozialdemokratischen Redakteurs im besonderen nachzudenken.

Parteinachrichten.

Genosse Albert Schmidt nimmt in der Sonntagsummer der Magdeburger Volksstimme Abschied von seinen Freunden und Bekannten, da er am heutigen Montag die dreijährige Gefängnisstrafe antreten will. Wir wünschen, daß unter Kollege die fürstbare Strafe an Leib und Seele möglichst gut überleben möge.

Totenliste der Partei. Der älteste Sozialdemokrat gestorben. In Mühlhausen ist dieser Tage der Dresdner Michael Müller gestorben, und zwar im 90. Lebensjahre. Die Mühlhäuser werden den guten Alten kaum kennen gelernt haben, da er erst vor etwa zwei Jahren nach dort zu verheirateten Kindern gezogen ist. Michael Müller ist ein geborener Arbeiter und hat in seiner Vaterstadt fast sein ganzes Leben zugebracht. Von Jugend an ein begeisterter Freiheitskämpfer, war er in den dreißiger und vierziger Jahren ein eifriges Mitglied der „Vorkamern“ „Vorkamern“ in Wurgau. Im letzten Jahre 1848 war er aktiv beteiligt. Unter seiner geleiteten Müller leitete deren Begründung an. Allesamt operativ, behauerte der Alte, das seine Wege freitren, er infolge dessen auch immer geteilt war und sich am Parteilichen nicht beteiligen konnte. Bis zum 87. Lebensjahre hat Müller noch fleißig an der Drehschiff, mit der er schier unerschöpflichen Fähigkeiten. Ein dauerndes Andenken ist dem braven Genossen gesichert. Auch die württembergische Partei hat einen weiteren Kämpfer

verloren in der Person des Genossen Johannes Rupprecht, der im Alter von 76 Jahren in Gaisburg gestorben ist. Er machte den Revolutionsschritt als Feuerwerker mit und kämpfte bei Mauthausen. Schon früh trat er in die Reihen der Sozialdemokratie ein und hat lange Jahre im Vorderreihen gestanden. In Wien a. M. warb an den Folgen eines Betriebsunfalls der Arbeiter Dam Schäfer. Der Verstoßene ist zwar öffentlich niemals heroorgerufen, um so früher war er in der Agitation von Mund zu Mund für die Verbreitung unserer Ideen thätig.

In Waisbach ist vom östlichen jüdischen sozialdemokratischen Komitee eine neue geheime Zeitung (in geheimer Druckerei gedruckt) unter dem Titel: Der Waisbacher Arbeiter erschienen. Demnach erscheinen jetzt vom allgemeinen jüdischen Arbeiterbunde sieben periodische Blätter.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Wagenführer bei der elektrifischen Straßenbahn in Leipzig dürfte bald Nachfolger erhalten. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen! Und dieselben Ursachen, die in Leipzig zum Streik geführt haben, liegen auch anderwärts vor, zum Teil sogar in noch verstärkter Weise. Die Zahl der städtischen Dienststunden beträgt mehr als 40. Dabei sind jedoch das Zeit und die Besoldung im Depot vor Beginn der Dienstzeit und die Zeit nach Dienstschluss, wo die Angestellten gleichfalls noch nicht ihre freien Stunden hindurch, nicht mit eingerechnet. Dabei ist der Lohn mit 70-80 Pfennig monatlich nur zu niedrig, zumal davon die Besoldungsabzüge, die Steuerabgaben und namentlich die Strafen abgehen. Wer ein wenig vom Arbeiterleben versteht, muß schon aus dem Umfange, das fast sämtliche Wagenführer und Schaffner in Unlust geraten sind und seit in ihm beharren, erkennen, daß die Lage unerträglich ist. Die Direktion sucht den Streikenden durch kleine Anläufe zu machen, doch sind von 400 nur 7 untergefallen. Die Streikenden haben das Gewerkschaftsamt als Einigungsamt organisiert, doch will die Direktion erst mit den Einzelnen verhandeln. Treibt es die Direktion aus, so wird die oft erprobte Solidarität der Leipziger Arbeiterschaft den Streikenden beibringen, zumal nicht zu erwarten ist, daß sich Streikführer in genügendem Maße abgeben. Beladet sich doch ein Streikführer in den Augen der meisten meisten Arbeiter für immer mit dem Fluche der Verächtlichkeit. — Der Straßenbahnbetrieb ist bisher nur in der inneren Stadt und nur in sehr beschränkter Weise — aller zehn Minuten ein Wagen aufrecht erhalten worden. So entstand mit Beginn des Streikens ein unheimliches Getöse, das die Arbeiter wieder aufgenommen. Öffentlich müssen sie ihre Vertrauenslosigkeit nicht bereuen.

Vederaarbeiter. Der Streik der Berliner Vederaarbeiter ist durch Schiedsgericht der Gewerkschaft, der beiden Parteien angenommen wurde, beendet worden. Die Schiedsrichtersprüche sind: Die Bauarbeiter erhalten vom 1. November 1914 24 M. einen Wochenlohn von 25 M. Die Juristen bekommen auf 100 Pfennig in höherer Preisliste einen Zuschlag von 60 Pfennig. Die Arbeitszeit bleibt unverändert. Der Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1901 und kann von beiden Seiten drei Monate vor Ablauf des Vertrages gekündigt werden.

Ausland.

Belgien. Zu neuen Streiks der Kohlenbergleute ist es in einzelnen Distrikten gekommen.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 30. Oktober 1899.

Stadtverordnetenwahlen!

Dienstag Abend findet in den Kaiserhöfen die erste von sozialdemokratischen Kreise einberufene große Wählerversammlung statt. Es haben die Angehörigen aller Parteien Zutritt. Vollständig freie Diskussion ist jedem zugesichert.

Unsere Parteigenossen brauchen wir wohl nur daran zu erinnern, daß uns morgen die Kaiserhöfe fast vier Jahren zum erstenmale wieder zur Verfügung stehen. Sorgt dafür, Gesonnen, daß die Versammlung nicht verfehlt ist und einen wichtigen Verlauf nimmt.

24.000 Flügelmänner wurden gestern früh in unserer Stadt von unseren Parteigenossen in einem öffentlichen Versammlungssaal versammelt. Das Hauptziel behandelte die betreffende Stadtverordnetenwahlen. Die Kriminalpolizei stellte sich früh 7 Uhr in der durch das Volksblatt bekannt gegebenen Lokalen, von denen aus die Verbreitung erfolgte, ein. Die Herren hatten jedoch nur Gelegenheit zu konstatieren, daß alles glatt wie am Schnürchen ging.

Wählerversammlungen werden von Mittwoch an in den einzelnen Wahlbezirken stattfinden. Näheres über die Lage und Lokale wird durch Anzettel im Volksblatt bekannt gegeben werden.

Der Diamantenkönig.

Roman von Rudolf Kräftig.

(Nachdruck verboten.)

„Und“, ergänzte Pauline mit ironischem Pathos, „der den Thron und Altar schmückt, die Ordnung aufrecht erhält und das Vaterland vor inneren und äußeren Feinden beherrscht. Gest, Schatz, ich habe den Himmel auch los und wenn Du einmal als Präsident des konstitutionellen Reiches einen Seltenerer brauchst, dann schicke nur nach mir. Ich bringe es so gut fertig wie Du. Und jetzt erzähle weiter, aber ohne Deinen glühenden Patriotismus, wir kennen uns ja und sind unter uns Vorgesessenen.“

„Was richtig, nahm der Kommerzienrat seine Weide wieder auf. „Als mein feiner Schilling sieht sehr gerne mit anderen Kindern Soldaten, wobei er natürlich der Hauptmann ist. Natürlich hat ihm nun einer nicht pariert, und daraufhin hat mein Glück den Keel mit dem Sabel über den Kopf, daß der kleine Würdige mit einem wichtigen Schmiss beauftragt zu haben fällt. Glücklicherweise waren der Vermogete der Sohn eines meiner Arbeiter und so konnte ich die Sache natürlich verbinden.“

„Und was haben Sie ihrem idiosyncratischen Jungen gethan?“ fragte Echarf.

„Eine Strafprozedur habe ich ihm gehalten und ihm erklärt, daß er noch zwölf Jahre warten müsse, bis er andere Leute über den Sattel hauen dürfte.“

„Das wird aber viel gelohnten haben“, meinte Echarf.

„Ja, meine Herrin, ich will keinen Wohlstand als Bubne. Wir brauchen uns Gottes Willen“, nie jetzt wieder das Fräulein, lächelte doch auch mit Deiner weichen Jugend. Sage mir lieber, wie es mit dem Jungfernbund — damit meine ich den Verein zur Gebung der Stillschließung — für den Du Gelder einstreichst, sieht.“

„Ausgeschiedet“, antwortete der Kommerzienrat. „Da drüben sitzt immer ein solches Mitleid.“

„Du, das ist famos; so ist es recht, nur feste die Stillschließung gehalten“, sagte Pauline. „Dann nahm sie ihr Glas und rief: „Meine Herren, die Stillschließung soll leben, doch soll ich leben, doch soll ich leben, denn ich habe!“

Die letzten Worte waren wohl für den Kommerzienrat belegend; hierauf ließ sie mit tiefem An und führte den Inhalt ihres Glases auf einen Zug hinunter.

* Das sozialdemokratische Wahlkomitee hat beschlossen, um unbedeutenden Vorwürfen aus dem Wege zu gehen, bei den bevorstehenden Wähler-Versammlungen die Namen der Referenten nicht zu veröffentlichen. Es läßt sich kaum vermeiden, daß bei Wahlbezugsungen plötzliche Änderungen in den Personen der Referenten oder doch in den Plänen, an denen sie teilnehmen müssen, vorzunehmen sind. Dar zu leicht sind dann manche Versammlungsbefugte geneigt, dem Wahlkomitee unterzuschieben, es habe sie absichtlich getäuscht, obwohl ein solcher Gedanke von vornherein und unter allen Umständen tödlich ist. So hat man auch das Widersprechen eines in der Sozialdemokratie als einen Eris hingestellt, den der Einberufer gebraucht hat, um einen starken Besuch der Versammlung zu erwirken. Das ist ganz und gar nicht der Fall gewesen, und der Vertrauensmann hat auch in diesem Falle nach bestem Wissen und durchaus loyal gehandelt. Um nun, wie gesagt, ein für allemal gegen solche unbedeutende Vorwürfe geschützt zu sein, soll die Nennung der Referenten in den bevorstehenden Versammlungen unterbleiben. Wer Zutritt an der Sache hat, kommt auch dann, wenn ihm nicht der Name eines besonders beliebten Referenten als Zunder aus Einladungsbrot gestreut wird. Und das Wahlkomitee ist überzeugt, daß in allen Bezirken die Genossen eifrig für starken Besuch ihrer Bezirks-Versammlungen thätig sein werden. Die erste Probe auf dieses Gempele wird ja morgen in der großen, allgemeinen Wähler-Versammlung gemacht werden, die nach den Kaiserhöfen einberufen ist.

* Sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat, wie unmissverständlich von einem hiesigen Blatte berichtet wurde, der Baumeister Schütze. Der Schütze war in der zweiten Klasse gegen ein Mandat abgewählt, wie er 1900 zu Ende der zweiten Klasse gewählt wurde. Die zweite Abweisung wird demnach nicht Stadtverordnete zu wählen haben. Die 16013 Wähler der dritten Abteilung wählen zusammen sechs Stadtverordnete, so daß im Durchschnitt auf je 2769 Wähler ein Mandat entfällt, und jeder der 914 Wähler wählen würde 9 Stadtverordnete, so daß auf reichlich 100 Wähler schon ein Mandat zu rechnen ist.

* Einen Aufruf zur Unterstützung der Buren erläßt für Halle ein proletarisches Komitee, das die Herren Prof. Richter, Dr. Krüger, Privatdozent Dr. Schmidt und Generalleutnant J. v. Jäger gebildet haben. Es wird in dem Aufrufe darauf hingewiesen, daß die Buren fähig sind die Sympathien der meisten Deutschen zu gewinnen, wie sie „ihre Leben für ihre Freiheit einbringen“. Es ist ein uns, daß die internationale Menschlichkeit, die sich in der Sozialdemokratie am vollkommensten verkörpert, auch in den Kreisen Anhänger hat, zu denen die Unterzeichner des Aufrufs gehören. Nur wünschen wir, daß sie nicht nur denen beistehen möchten, die in der Sid-afrika „ihre Leben für ihre Freiheit einbringen“ sondern auch denjenigen, die in der irden Lage sind, daß in Deutschland selbst thun zu müssen. Siehe Judenschicksal! Bei zweien der vier Herren haben wir sehr starke und begründete Zweifel daran, daß ihre internationale Menschlichkeit und ihr internationales Gerechtigkeitsgefühl sich auch bei nationalen Fragen in gewöhnlicher Weise geltend macht.

Der Strafrechtslehrer Professor v. Hög, der vor Kurzem von der hiesigen Universität nach Berlin berufen wurde, hat dort am Freitag seine Antrittsvorlesung gehalten, in welcher er über das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung sprach. Im letzten Teile seiner Rede führte v. Hög aus: Die dritte und höchste Aufgabe der Strafrechts-Wissenschaft aber ist ihr Beruf als Lehrmeisterin des Gesetzgebers, sie zeigt ihm die Schwächen des bestehenden Rechts und weist ihm die Richtschnur für die Zukunft. Sie wird in dieser Eigenschaft als systematische Paläontologie der in ihren Ursachen und Wirkungen wissenschaftlich erkannten Kriminalität zur Kriminalpolitik. Wir gelangen mit ihrer Hilfe zu der Erkenntnis, daß die Wirkung der Strafe eine viel geringere ist, als man gemeinhin annimmt. Der Kampf gegen das Verbrechen ist in erster Linie nicht durch die Strafe, sondern durch die Einwirkung der auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, also auf sozialpathologische Gebiete, zu führen. Der Staat, der ein brauchbares Wohnungsgesetz schafft, das dem Unheimlichen aus dem schwachen Wohlstand eines Familienlebens verhilft, trägt viel mehr zu einer wirksamen Bekämpfung des Verbrechens bei, als dies alle Strafgesetze kombinieren vermögen. Die Strafe ist also nicht das einzige, nicht einmal das wirksamste Mittel zum Kampf gegen die Kriminalität. Und damit ergibt sich das Verbot der Anstalt, in der Strafe das große soziale Heilmittel für alle gesellschaftlichen Schäden zu sehen. Es ist nämlich dann gethan, wenn man da, wo sich durch irgend einen Umstand große Nachtheile des gesellschaft-

lichen Lebens entfällt haben, flugs ein paar neue Paragraphen in das System unseres Strafgesetzbuches eintrifft. Auf diese Weise wird der eig. der Straftat nicht getroffen und die Quelle des Übels nicht verstopft. Dieses ist zumeist viel tiefer in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet und daher ihrer gezielte Beseitigung bedürftig notwendig. Es ist ein wichtiger Gesichtspunkt von der Kriminalpolitik lernen kann, das beweisen die in jüngerer Zeit in der Schweiz und in Norwegen veröffentlichten beiden Strafgesetzbücher.

Professor Hög erteilt damit allen denen eine derbe Lektion, die in barbarisch strengen Strafen und in der Anstalt für barbarischen mittelalterlichen Strafmitteln, wie zur Prigelfstrafe, den Weg führen, die Kriminalität zu vermindern. Mit welchem Rechte nimmt überhaupt der heutige Staat, dessen ganze Struktur unmoralisch in höchsten Maße ist, für sich die Befugnis in Anspruch, einzelne hiesige dieser flüchtigen Gemeinwesen wegen willkürlicher oder vernehmlicher Verbrechen zu strafen? So lange der Staat nicht jedem Staatsbürger Gelegenheit bietet zur allseitigen Erziehung, und so lange er nicht jedem die Möglichkeit gibt, sich und die Seinen dem Kulturland seiner Zeit entsprechend zu erhalten, muß dem Staat das Strafrecht abgeprochen werden.

Die beleidigten Referendare.

Die Verhandlung gegen den Genossen Weismann, über deren Ausgang wir schon in der Sonntagsnummer kurz berichtet, fand unter der Leitung des Landgerichtsrats Vöttich vor der Strafkammer statt. Einmalige Referendare von Naumburg, die vor dem Land, und der hiesige Oberlandesgerichts-Präsident hatten Strafantrag gestellt. Es handelte sich um einen am 22. Juni d. J. in der Nr. 143 des Volksblattes veröffentlichten Artikel über Naumburg und der Spitzmarke: „Welterleben“.

In dem Artikel hieß es: Ein halbes Duzend feindliche Justiz-Referendare und solche, die es werden wollen, rästelte sich neulich in handgeschnittenem Vokal ungerathen beim Frühshoppen. Den finsternen Aussehen des Geleges war es aus sammtlich wohl — als wie fünfjähriger Säulen. Dann wurde von dem erhebenden Bemühen ihrer staatsbehaltenden Justizräte, die bemoeltet unter einem Justizstempel die Strafkammer möglichst zur Strecke bringen und schließlich einbringen, gesprochen. Daran schloß sich eine Schilderung des Stellenanfalls, der vor diesen Leuten, um Zeitgleich zu bekommen, ziemlich auf dem Bausd ließen mußte, und hierauf wurde von einem alten Justizhauptmann, der von der Weisheit des Geles, in die er geschickter Vorgang war, am so die Verhöhnung soll der alte Herr in der Welt erschienen sein, worauf sich die Referendare plärrend und nälend in „Kellnerdiensten“ und „Medizinartigkeiten“ gegenüber dem alten Herrn überboten haben sollten. Der Artikel endete mit den Worten: Angenehme Stunden, gleiche Kränklichkeit bei Bildung und Verstand, die in der hiesigen Justiz aber nur ein wenig auf der Welt, Idealismus, teure Treue und Mäandrität wird durch die von Bildung und Weisheit treu gemacht. Viel Vaterland, magst ruhig sein!

Genosse Weismann übernimmt die Verantwortung für den Artikel und erklärt, den Einsender nicht nennen zu wollen. Es sei möglich, daß sich der geschickte Vorgang, wie am so die Darstellung lautet, zugezogen habe. Der Artikel ist ihm in der Gie der Mediationsgeschichte durch die Finger gelaufen. Güte er ihn vor der Veröffentlichung durchgelesen, dann würde er einige darin enthaltene beleidigende Worte beleidigt haben. Die Gie, in die er eine Mediation gearbeitet werden müßte, brähte es mit sich, das Dinge verstellte, was nicht unheimlich sind. Es wird mitgeteilt, daß auf Veranlassung des Ersten Staatsanwalts in Naumburg das Antragsstellungsreiben für die Referendare in Unlauf gesetzt worden ist. Genosse Weismann erklärt, daß es jedenfalls nicht zureichend sei, wenn man die Verleumdung einzelner Personen gleich auf den ganzen Stand schließt. Der Verfasser des Artikels hat durch die unheimlichen Referendare in Naumburg mit seiner Artikel treffen wollen.

Der Staatsanwalt ist der Meinung, daß der Strafantrag zu Recht besteht. Wenn in dem Artikel auch nur von 6 Personen die Gie, in die er können sich doch hässliche Referendare in Naumburg durch den Artikel herabgelassen fühlen. Die Beleidigungen sind großer Natur, der Angefallene hat den Verfasser nicht genannt und ist somit als Täter zu betrachten. Es sei dem Angefallenen zu glauben, daß er den Artikel vor der Veröffentlichung nicht gelesen habe. Wir drücken die Hoffnung aus, daß die Referendare gegen den Angefallenen erkannten Vorstrafen sei oder eine Gefängnisstrafe von drei Monaten zu beantragen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld meint, wenn es in der Anklageschrift heißt, der Artikel enthalte unbedeutende eine Beleidigung der Referendare, so sei ihm diese Annahme doch recht bedenklich. Es ist zweifelhaft, ob die in Frage kommenden Personen Referendare gewesen sind und noch zweifelhafter, ob es jene Personen waren, die am dem in Frage kommenden Tage, 14. Juni, in dem Lokal gewesen sind. Wenn

händlerin nehmen. So bin ich das geworden, was ich jetzt bin.“

Pauline hatte sich bei dieser Rede erhoben, ihre Augen funkelten, ihre Hände zitterten, Wangen und Stirne waren von absehbarer Bläße. Jetzt zeigte es sich deutlich, daß im Inneren dieses ansehenden so trivialen, ausgleichenden Selbstes ein heftiger Schmerz nagte, das Weib aber ein unvorstellbarlich verlorenes Leben.

„Einen Augenblick atmete die Prostituierte schwer auf, dann schritt sie auf den Kommerzienrat zu, bildete ihm mit einem unbedeutlichen Kopf an und fuhr mit greller Stimme fort.

„Siehst Du, Fremden, das ist meine Geschichte. Einer von Deinen Geschlechtern ist daran schuld. Dafür räche ich mich an Euch, so gut ich es kann. Ich rupfte Euch, machte Euch Guren Weibern abspehlita und für Zwietracht in eure Familie und wie sich neulich der kleine Schornbrud, der sein Geld bei mir verbrachte, wegen Schulden erschossen hat, weißt Du, was ich da thut? In die Hände habe ich getaucht vor Vergnügen. Holt Du nicht auch Lust, Dir eine Kugel da hineinzuwerfen?“

Bei den letzten Worten kippte sie dem Kommerzienrat mit ihrer linken Zeigefinger an die rechte Schläfe!

Unbesonnen und Schärft lohnen betrafen auf das erragte Weib. Den Herrn Kommerzienrat aber brachte auch dieser Aufruf nicht aus seiner Ruhe. Gelassen antwortete er: „Den Gefallen, meine Widdage, thue ich Dir nicht. Aber was sagst denn die Alte an Deiner Geschichte?“

„Die ich hängen und sich hinaus wie ein begehrtener Fudel“, sagte Pauline, die sich wieder beruhigt, neuem auf dem Schöße des Kommerzienrats niederlegte.

(Fortsetzung folgt.)

Weiteres.

— Verdächtige Empfehlung. Erster Nebenmann: „Wer ist Ihr Schneider?“

Zweiter Nebenmann: „Das darf ich nicht sagen.“

Dritter Nebenmann: „Wer immer Ihren Freund nennen dürfen Sie nicht sagen, wer Ihr Schneider ist. Warum nicht?“

Zweiter Nebenmann: „Das ist die einzige Bedingung, unter der er mir noch pumpt, daß ich ihm meinem Freunde weiter empfehle.“

(Lustige Blätter.)

